

3. Dezember 2007

Thomas Wüthrich
Talweg 159
8610 Uster



Persönliche Erklärung

An den Präsidenten des Gemeinderates
Herr Werner Hürlimann
8610 Uster



Steuerfuss

Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Das Parlament erhielt einmal mehr ein umfangreiches, detailliertes und aussagekräftiges Budget zeitig zugestellt. Für diese grosse Arbeit sei der Verwaltung wie auch dem Stadtrat herzlich gedankt.

Aber die Grünen können sich für dieses Budget nicht wirklich erwärmen. Dabei sind es nicht Einzelbeträge, welche für die Grünen problematisch wären. Vielmehr geht es um die Prämissen, von denen der Stadtrat bei der Budgetierung ausgeht. Diese können die Grünen nicht wirklich goutieren.

Wir sind aber nicht der Meinung, dass grundsätzlich die Aufwandsteigerungen problematisch sind. Auch haben wir nicht den Eindruck, dass in den letzten Jahren ausserordentliche Begehrlichkeiten hätten befriedigt werden müssen. Nein, wir sehen die Probleme vor allem auf der Einnahmenseite.

In erster Linie ist für uns weiterhin die Landverkaufspolitik des Stadtrates inakzeptabel. Wie problematisch die Verschönerung unseres Tafelsilbers ist, zeigt vor allem auch die langfristige Betrachtung. In den Jahren 2007 – 2011 sollen der Stadt aus Landverkäufen rund 31 Mio. Fr. zufließen. Unter dem Strich nehmen die Sachwertanlagen in dieser Periode um rund 28 Mio Fr. ab.

Gleichzeitig sind zwischen 2007 bis 2011 Aufwandüberschüsse in der Höhe von insgesamt rund 18 Mio. Fr. absehbar bzw. geplant.

Das heisst, Budgetierung und Finanzplan sehen vor, dass wir in den genannten 5 Jahren rund 46 Mio. mehr ausgeben als wir eigentlich im Kässeli haben, und dies alles auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Die bürgerlichen Parteien hingegen gaukeln mit ihrer populistischen Steuersenkungspolitik der Ustermer Bevölkerung vor, es sei genügend Geld in der Stadt-Kasse. Tatsache ist aber, dass in den fünf Jahren aus einem Nettovermögen pro Einwohner von rund 2'400.- Fr. eine Nettoschuld von 150.- Fr. wird.

Bei gut gehender Wirtschaft wird der Stadt über Steuerfussenkungen also der Geldhahn zugedreht, damit sie sich verschulden muss. Dabei müsste der Steuerfuss so angesetzt sein, dass mittelfristig keine Verminderung des Volksvermögens resultiert. Das würde bedeuten, dass der Steuerfuss in Uster eigentlich mindestens 5%-Punkte höher liegen müsste, wollte die Stadt nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen ihren Verpflichtungen nachkommen.

Allfällige Anträge auf Steuerfuss-Senkungen sind deshalb als fahrlässige und kurzsichtige Manöver zu bezeichnen.

Die in der Finanzplanung aufgezeigten Perspektiven vermögen die Grünen im Bezug auf Nachhaltigkeit nicht zu überzeugen. Und deshalb mag auch das vorliegende Budget die Grünen nicht zu befriedigen.

Thomas Wüthrich

Gemeinderat, Grüne